

**SPD-Ratsfraktion  
CDU-Ratsfraktion  
Die Grünen im Rat  
Die Linke im Rat  
UWG-Ratsfraktion  
Soziale Liste**

Frau  
Oberbürgermeisterin  
Dr. Ottilie Scholz

**Resolution**

**zur Sitzung des Rates am 26. November 2009**

Fast alle Städte und Gemeinden befinden sich in einer Finanzkrise, aus der sie sich nicht aus eigener Kraft befreien und schon gar nicht heraus sparen können. Steuereinnahmen brechen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf allen öffentlichen Ebenen dramatisch ein.

Die Kommunen in NRW sind seit Jahrzehnten finanziell unzureichend ausgestattet. Die Folgen der sich immer weiter auftürmenden Schulden zeigen sich nicht nur in den kommunalen Bilanzen. Sie werden auch sichtbar in zerfallender öffentlicher Infrastruktur und in immer größeren Schwierigkeiten, ein Mindestangebot öffentlicher Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. In vielen Städten wird seit Jahren der Mangel verwaltet.

Gleichzeitig wachsen kommunale Aufgaben und Ausgaben vor allem im Sozialbereich. Der Rat der Stadt Bochum fordert von Bund und Land ein angemessenes Finanzierungskonzept für die Städte und Gemeinden ein.

Die Gewerbesteuer als kommunale Haupteinnahmequelle ist dringend zu erhalten. Mit großer Sorge blickt der Rat der Stadt Bochum auf die geplante Senkung der Einkommensteuer ab 2011 und die damit verbundenen Einnahmeausfälle für die Stadt Bochum. Der Rat der Stadt Bochum fordert die Bundesregierung auf, von

*Steuersenkungen* zu Lasten der Kommunen unbedingt abzusehen.

Der Rat der Stadt Bochum fordert in einem ersten Schritt eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose.

Die Berechnungsformel zur Errechnung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im SGB II muss sich zukünftig an den tatsächlichen Sozialausgaben der Kommunen orientieren und darf nicht nur die Anzahl von Bedarfsgemeinschaften zur Grundlage nehmen. Der Bundesrat hat bereits eine entsprechende Empfehlung zur Modifizierung der Berechnungsformel an die Bundesregierung gerichtet. Der Rat der Stadt Bochum fordert die Bundesregierung auf, dieser Empfehlung des Bundesrates zu folgen.

Der Rat der Stadt Bochum stellt fest, dass das Konnexitätsprinzip von Bund und Land fortwährend verletzt wird, wie die Beispiele Kinderbildungsgesetz oder die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie aktuell zeigen. Die von Bund und Land in den letzten Jahren auf die Kommunen übertragenen Aufgaben vergrößern das städtische Defizit in einer Größenordnung von mindestens 60 Mio €.

Die Stadt Bochum muss vom Land noch rund 31 Mio. € aus überzahlten Solidarmitteln erhalten. Obwohl das Verfassungsgericht NRW 2007 das Land NRW zu einer Erstattung der zu viel gezahlten Mittel in den Solidarfonds Ost an die Kommunen verurteilt hat, sind die Kommunalen Spitzenverbände mit der Rückzahlung von 900 Mio. € an die Kommunen nicht einverstanden. Das Gutachten der Kommunalen Spitzenverbände geht von insgesamt 1,8 Mrd. € zu viel gezahlter Beträge aus. Insofern erwartet die Stadt Bochum eine Rückzahlung über die 31 Mio. € hinaus.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des noch streitigen Verfahrens zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung für die Zukunft zu treffen, damit es nicht weiterhin zu einer Überzahlung bei den Solidarmitteln kommt.

Der Rat der Stadt Bochum fordert das Land NRW auf, umgehend alle Kürzungen, Mindereinnahmen und Mehrbelastungen für die Stadt Bochum zurück zu nehmen. Der Rat der Stadt Bochum sowie die Kommunalen Spitzenverbände können sich mit einer weiteren Abschlagszahlung auf den ausstehenden Erstattungsbetrag nicht zufrieden geben.

Der Rat der Stadt Bochum hält es zudem für notwendig, dass Solidarmittel zukünftig nicht mehr nach regionalen Kriterien bzw. auf Ostdeutschland beschränkt, sondern vielmehr nach den finanziellen Bedarfslagen in allen Bundesländern und deren Städten und Gemeinden vergeben werden.

Die Kommunen sind der Ort, an dem politische Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar sichtbar und spürbar werden. Doch ohne ein schnelles Umsteuern von Bund und Land zugunsten der Kommunen wird der Entscheidungsspielraum der meisten NRW-Stadt- und Gemeinderäte praktisch auf Null reduziert. Für die Bürgerinnen und Bürger werden nur noch Einschnitte spürbar. Damit ist nicht nur das Sozialgefüge der Kommunen, sondern auch die demokratische Verfasstheit unseres Landes in Gefahr.

Dieter Fleskes  
SPD-Ratsfraktion

Klaus Franz  
CDU-Ratsfraktion

Wolfgang Cordes  
Die Grünen im Rat

Uwe Vorberg  
Die Linke im Rat

Klaus-Peter Hülder  
UWG-Ratsfraktion

Günther Gleising  
Soziale Liste